



Merkblatt Unterstützungsmassnahmen im Kulturbereich gemäss Covid-19-Gesetz des Bundes
(Version vom 11. Januar 2021)

Ausfallentschädigung für Kulturunternehmen

Die Bundesversammlung hat am 25. September 2020 das Covid-19-Gesetz¹ erlassen, das die Grundlagen für die Fortführung und Anpassung weiterhin notwendiger Massnahmen zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie schafft, darunter spezifische Unterstützungsmassnahmen für den Kulturbereich. Darauf gestützt hat der Bundesrat am 14. Oktober die Covid-19-Kulturverordnung² (SR 442.15) erlassen, welche die Ausrichtung der Unterstützungsmassnahmen regelt.

Mit den neuen Massnahmen des Covid-19-Gesetzes werden die bisherigen Massnahmen der am 21. September 2020 ausgelaufenen COVID-Verordnung Kultur mit Anpassungen fortgeführt und ergänzt.

Das Covid-19-Gesetz sieht als Unterstützungsmassnahmen für Kulturunternehmen Finanzhilfen in Form von Ausfallentschädigungen und neu Beiträge an Transformationsprojekte (Art. 3 Covid-19-Kulturverordnung) vor. Die Unterstützungsmassnahmen sollen zum einen die wirtschaftlichen Auswirkungen von Covid-19 auf die Kulturunternehmen abmildern und zum anderen sollen die Kulturunternehmen bei der Anpassung an die veränderten Verhältnisse unterstützt werden. Die Massnahmen tragen dazu bei, eine nachhaltige Schädigung der Schweizer Kulturlandschaft zu verhindern und die kulturelle Vielfalt sicherzustellen.

Kulturunternehmen können für den finanziellen Schaden, der aus der Absage, Verschiebung oder eingeschränkten Durchführung von Veranstaltungen und Projekten oder aufgrund betrieblicher Einschränkungen infolge der Umsetzung staatlicher Massnahmen entsteht, eine Ausfallentschädigung in Form einer nicht-rückzahlbaren Finanzhilfe beantragen. Die Ausrichtung der Ausfallentschädigung erfolgt durch den zuständigen Kanton. Der Bund beteiligt sich zur Hälfte an den vom Kanton zugesagten Ausfallentschädigungen.

Gesuche sind am Sitz des Kulturunternehmens einzureichen, für Kulturunternehmen mit Sitz im Kanton Zürich bei der Fachstelle Kultur des Kantons Zürich. Bei der Gesuchseingabe sind die vorgegebenen Schadensperioden und Eingabetermine zu beachten (vgl. unten, Abschnitt «Eingabetermine für Gesuche / Schadenszeitraum»). Die Termine und Fristen sind verbindlich einzuhalten.

¹ Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (SR 818.102)

² Verordnung zu den Massnahmen im Kulturbereich gemäss Covid-19-Gesetz (SR 442.15)



Inhalt des Merkblatts:

1. Voraussetzungen für Ausfallentschädigungen für Kulturunternehmen
2. Kulturpolitische Prioritäten, kein Rechtsanspruch
3. Subsidiarität
4. Schaden und Schadensminderung
5. Art der Schadensberechnung
6. Eingabetermine für Gesuche / Schadenszeitraum
7. Gesuchsbeilagen
8. Kausalität
9. Beweismass
10. Sozialversicherungsbeiträge und Steuerpflicht

Wichtiger Hinweis: Bund und Kantone streben im Sinne der kulturellen Vielfalt an, dass Kulturunternehmen die Kulturschaffenden für vereinbarte Engagements entschädigen, auch wenn Auftritte bzw. Projekte letztlich nicht stattfinden können (*siehe auch «Schaden und Schadensminderung»*). Kulturunternehmen sollen die Kulturschaffenden angemessen entschädigen, d.h. bei der Entschädigung der Kulturschaffenden die empfohlenen Mindesthonorare von relevanten Branchenverbänden nach Möglichkeit nicht unterschreiten.

1. Voraussetzungen für Ausfallentschädigungen für Kulturunternehmen

Der*die Gesuchsteller*in:

- ist juristische Person des Privatrechts (Verein, Stiftung, Genossenschaft, Aktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung) und ist weder staatliche Verwaltungseinheit (Bund, Kanton, Gemeinde) noch öffentlich-rechtliche Person; wichtig: Einzelfirmen und Kollektivgesellschaften sind keine juristischen Personen des Privatrechts; sie gelten deshalb nicht als Kulturunternehmen.
- hat als juristische Person bereits am 15. Oktober 2020 bestanden;
- ist hauptsächlich, d.h. mit einem Anteil von mindestens 50 Prozent ihres Jahresumsatzes (Basis Jahresrechnung 2019), im Kulturbereich tätig. Unternehmen mit bloss untergeordneten Kulturaktivitäten fallen nicht in den Geltungsbereich;
- ist in den Bereichen darstellende Künste, Design, Film, visuelle Kunst, Literatur, Musik und Museen tätig (Kulturbereich):
 - Darstellende Künste und Musik: Erfasst sind darstellende Künste im engeren Sinne und deren Vermittlung (Theater, Oper, Ballett, zirkensische Künste, klassische und zeitgenössische Konzerthäuser und -lokale, Orchester, Musiker*innen, DJs, Sänger*innen, Chöre, Tänzer*innen, Schauspieler*innen,



Strassen-künstler*innen, Theaterensembles und Tanzcompanies), die Erbringung von Dienstleistungen für darstellende Künste und Musik (inkl. Musikagent*innen, Tourmanager*innen etc.) sowie der Betrieb von Kultureinrichtungen im Bereich der darstellenden Künste und der Musik (inkl. Clubs für aktuelle Musik, sofern sie über eine künstlerische Programmgestaltung verfügen) sowie Tonstudios, ebenso das Verlegen von bespielten Tonträgern und Musikalien (Musiklabels); nicht erfasst sind der Bau und die Herstellung von Musikinstrumenten, der Handel mit Musikinstrumenten, Druck von Partituren sowie kommerzielle Anbieter von Kulturagenden, Ticket-Services, Seminarräumen etc. Ebenfalls ausgeschlossen sind DJ ohne künstlerische Intervention, Discotheken, Dancings, Night Clubs sowie Dienstleistungen, die nicht integraler Bestandteil der kulturellen Produktion sind (Zelt-, Hallen-, Tribünen und Technikvermietungen).

- Design: Erfasst sind Ateliers und Studios für unter anderem Textil-, Objekt-, Schmuck- und Grafikdesign; nicht erfasst sind Architekturbüros und Restaurator*innen.
- Film: Erfasst sind die Herstellung von Filmen und deren Vermittlung (inkl. Filmfestivals), Filmtechnik, Filmverleih und -vertrieb sowie der Betrieb von Kinos; nicht erfasst sind der Handel mit bespielten Ton- und Bildträgern sowie Videotheken. Zugelassen sind nur Kinos im Arthouse-Bereich, die einen substanziellen Beitrag an die Angebots- und Programmviefalt leisten und somit entweder zu den Kategorien 1–3 der Liste «Förderprogramm Angebotsvielfalt» des BAK vom 23. April 2020 gehören oder in den letzten Jahren von der öffentlichen Hand unterstützt wurden.
- Visuelle Kunst: Erfasst sind Tätigkeiten im Bereich der bildenden Kunst (inklusive interaktive Medienkunst und Fotografie) und deren Vermittlung (inkl. subventionierte Kunsträume). Bei Galerien sind ausschliesslich Vermittlungsprojekte und -veranstaltungen erfasst; nicht erfasst sind der Betrieb von Fotolabors sowie der Kunsthandel und der Handel mit Antiquitäten.
- Literatur: Erfasst sind literarisches Schaffen (inklusive literarisches Übersetzen) und dessen Vermittlung (inkl. Literaturfestivals), Verlage im Kultursektor (Literatur, visuelle Kunst usw.) sowie Vermittlungsprojekte und -veranstaltungen von Buchhandlungen und Bibliotheken; nicht erfasst sind das Drucken von Büchern, der Handel mit Büchern sowie Archive.
- Museen: Erfasst sind öffentlich zugängliche Museen, Ausstellungsorte und Sammlungen und die Vermittlung von kulturellem Erbe; nicht erfasst sind Zoos und botanische Gärten sowie der Betrieb von historischen Stätten und Gebäuden.

Insgesamt ausgeschlossen vom Anwendungsbereich des Covid-19-Gesetzes ist der Bildungsbereich in allen Disziplinen (Musik-, Tanz-, Theater-, Kunst-, Film(hoch)schulen etc.).



- hat statutarischen Sitz im Kanton Zürich;
- hat einen finanziellen Schaden, der aus der Absage, Verschiebung oder eingeschränkten Durchführung von Veranstaltungen und Projekten oder aufgrund betrieblicher Einschränkungen entsteht, verursacht durch Massnahmen der Behörden des Bundes, der Kantone oder der Gemeinden zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19), beispielsweise die Vorgabe, über ein Schutzkonzept zu verfügen und dieses umzusetzen.
- hat einen finanziellen Schaden, der zwischen dem 26. September 2020 und dem 31. Dezember 2021 entstanden ist. Der Entscheid über die Absage, Verschiebung, eingeschränkte Durchführung oder betriebliche Einschränkung muss in jedem Fall vor dem 30. November 2021 erfolgt sein.
- hat einen finanziellen Schaden, der nicht durch Sozialversicherungen (insbesondere Kurzarbeitsentschädigung), eine Privatversicherung oder andere Entschädigungen gedeckt wird.

Als Kulturunternehmen gelten auch Veranstalter im Laienbereich, sofern sie ein Veranstaltungsbudget von mindestens 50'000 Franken aufweisen und einen Schaden von mindestens 10'000 Franken erleiden.

2. Kulturpolitische Prioritäten, kein Rechtsanspruch

Der Kanton kann bei der Zusprache der Ausfallentschädigungen kulturpolitische Prioritäten setzen. Es besteht kein Anspruch auf eine Entschädigung.

3. Subsidiarität

Die Ausfallentschädigungen gemäss Covid-19-Gesetz sind subsidiär, d.h. ergänzend zu anderen Ansprüchen der Kulturunternehmen. Sie decken damit den Schaden, für den keine anderweitige Deckung erfolgt (z.B. Privatversicherung und Kurzarbeitsentschädigung).

Liegt noch kein Entscheid anderer Schadenregulierer vor, kann das Gesuch um Ausfallentschädigung entweder sistiert oder eine provisorische Zahlung, gestützt auf die Schätzung des Restschadens zu Lasten der Ausfallentschädigung, vorgenommen werden. Im zweiten Fall erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt eine Endabrechnung, damit eine Überentschädigung verhindert wird.

Allenfalls zu Unrecht ausbezahlte Entschädigungen können innert 30 Tagen nach Feststellung der unrechtmässigen Ausbezahlung durch den Kanton zurückgefordert werden.

4. Schaden und Schadensminderung

Als finanzieller Schaden gilt die unfreiwillige Vermögensverminderung ab 26. September 2020. Ein allenfalls entgangener Gewinn wird nicht entschädigt. Es wird höchstens

ein Schaden bis zur Erreichung der betriebswirtschaftlichen Gewinnschwelle berücksichtigt. Die Ausfallentschädigung deckt in allen Fällen maximal 80 Prozent des finanziellen Schadens.

Die Gesuchstellenden sind verpflichtet, die zumutbaren Massnahmen zur Schadensminderung zu ergreifen. Zur Schadensminderungspflicht gehört nicht, dass Kulturunternehmen in ihren Verträgen mit Kulturakteur*innen einen Ausschluss von Entschädigungen für den Fall aufnehmen, dass Veranstaltungen oder Projekte Covid-bedingt annulliert werden. Geltend gemacht werden können im Zusammenhang mit der Absage, Verschiebung oder eingeschränkten Durchführung von Veranstaltungen und Projekten oder aufgrund betrieblicher Einschränkungen infolge der Umsetzung staatlicher Massnahmen insbesondere auch Entschädigungen aus Verträgen mit Kulturakteur*innen, deren Engagements ausfallen oder eingeschränkt stattfinden. Will ein Kulturunternehmen die Bezahlung von engagierten Kulturakteur*innen als Schaden geltend machen, so hat es entweder die bereits erfolgte Zahlung an diese nachzuweisen oder eine schriftliche Erklärung abzugeben, dass die Zahlung nach Gewährung der Ausfallentschädigung vorgenommen wird.

Die Ausfallentschädigung deckt Schäden aus der Absage, Verschiebung oder eingeschränkten Durchführung von Veranstaltungen und Projekten oder aufgrund betrieblicher Einschränkungen im Zeitraum zwischen dem 26. September 2020 und dem 31. Dezember 2021. Der Entscheid über die Absage, Verschiebung, eingeschränkte Durchführung oder betriebliche Einschränkung muss in jedem Fall vor dem 30. November 2021 erfolgt sein.

Für den Schadenszeitraum vom 26. September bis zum 31. Oktober 2020 mussten Gesuche um Ausfallentschädigungen nach den Richtlinien zur COVID-Verordnung Kultur bereits bis am 20. September eingereicht werden, falls der Schaden zum damaligen Zeitpunkt bereits feststand.

Kulturunternehmen können auch eine Ausfallentschädigung geltend machen, wenn sie z.B. aufgrund von Planungsunsicherheit keine Programmierung vornehmen konnten. Diesfalls wird für die Ausfallentschädigung auf die tatsächlich erfolgte Programmierung in den relevanten Vergleichsmonaten der letzten zwei Jahre abgestellt.

5. Art der Schadensberechnung

Ausfallentschädigungen für Kulturunternehmen können auf zwei unterschiedliche Arten berechnet werden. **Die Gesuchstellenden müssen sich pro Schadensperiode für eine Art der Schadensberechnung entscheiden:**

- **Konkrete Schadensberechnung:** Bei dieser Berechnung wird der Schaden anhand konkreter und belegbarer Ausfälle berechnet.
- **Pauschalisierte Schadensberechnung:** Bei dieser Berechnung wird der Schaden anhand der durchschnittlichen monatlichen Einnahmen der Jahre 2017, 2018 und 2019 berechnet.



- **Pauschalisierte Schadensberechnung für Musikklubs:** Für Musikklubs und Konzertlokale gibt es ein spezifisches Berechnungsformular, verwenden Sie bitte ausschliesslich diese Schadensberechnung.

6. Eingabetermine für Gesuche / Schadenszeitraum

- Die Gesuche sind grundsätzlich rückwirkend einzureichen, d.h. der Schaden muss zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung bereits eingetreten sein. Davon ausgenommen sind Gesuche betreffend finanzielle Schäden in den letzten Wochen des Schadenszeitraumes im November und Dezember 2021.
- Es gelten folgende Schadensperioden und damit verbundene Eingabetermine:
 - **Gesuche betreffend finanzielle Schäden bis 31. Dezember 2020** sind rückwirkend so rasch als möglich, spätestens bis am 31. Januar 2021 einzureichen.
Es können Schäden angemeldet werden, die im Zeitraum 1. November 2020 bis 31. Dezember 2020 entstanden sind.
Für den Schadenszeitraum vom 26. September bis 31. Oktober 2020 können nur jene Schäden aufgeführt werden, die erst nach dem 20. September bekannt wurden.
 - **Gesuche betreffend finanzielle Schäden im Zeitraum 1. Januar bis 30. April 2021** sind rückwirkend so rasch als möglich, spätestens aber bis am 15. Mai 2021 einzugeben.
 - **Gesuche betreffend finanzielle Schäden im Zeitraum 1. Mai bis 31. August 2021** sind rückwirkend so rasch als möglich, spätestens aber bis am 15. September 2021 einzugeben.
 - **Gesuche betreffend finanzielle Schäden im Zeitraum vom 1. September bis 31. Dezember 2021** sind spätestens bis am 30. November 2021 einzugeben.
- Die Termine und Fristen sind verbindlich. Verspätet oder zu früh angemeldete Schäden werden nicht berücksichtigt.
- Die angeführten Fristen für den Schadenszeitraum beziehen sich bei Veranstaltungen oder Projekten auf denjenigen Zeitraum, in dem die entsprechende Veranstaltung oder das Projekt geplant war. Gab es Kosten – z.B. eine Lokalmiete oder Personalkosten –, die bereits vorher in direktem Zusammenhang mit der Veranstaltung oder dem Projekt entstanden sind, können diese bei der Ausfallentschädigung geltend gemacht werden.

7. Gesuchsbeilagen

Bitte reichen Sie mit Ihrem Gesuch folgende Dokumente ein:

- Schadensberechnung: Der Schaden wird anhand der entgangenen Einnahmen und der nicht angefallenen Kosten berechnet. (*obligatorisch; verwenden Sie zwingend*



das zur Verfügung gestellte Formular für die konkrete oder pauschalisierte Schadensberechnung)

- Letzte revidierte oder genehmigte Jahresrechnung (Erfolgsrechnung, Bilanz und Anhang) (*obligatorisch*)
- genehmigtes Betriebsbudget der Jahre 2020 und 2021 (*obligatorisch*)
- konkrete Schadensberechnung: Veranstaltungs- und/oder Projektbudgets (*sofern vorhanden*)
- pauschalisierte Schadensberechnung: revidierte Jahresrechnung der Jahre 2017, 2018 und 2019 (*obligatorisch*)
- Kopien von Rechnungen oder sonstigen Belegen zum Nachweis des Schadens (z.B. Nachweis von bereits erfolgten oder Bestätigung von geplanten Honorarzah-lungen zugunsten von engagierten Kulturakteur*innen, zentrale Verträge zu Veran-staltungen oder Projekten) (*soweit möglich und zumutbar*)
- Kopie allfälliger Antrag/Entscheid über Kurzarbeitsentschädigung, Schadensde-ckung durch Privatversicherung und weitere beantragte Entschädigungen (*obligato-risch bei Gesuchseingabe, wenn bereits Antrag gestellt oder Entscheid vorliegt; ob-ligatorisch nachzuliefern, wenn Antrag noch nicht gestellt oder Entscheid pendent*)

Der Kanton kann bei Bedarf zusätzliche Unterlagen verlangen. Bei unvollständigen Gesuchen setzt der Kanton eine kurze Nachfrist zur Einreichung fehlender Anga-ben/Dokumente. Werden die Informationen innert Nachfrist nicht geliefert, tritt der Kan-ton auf das Gesuch nicht ein.

8. Kausalität

Es sind alle Schäden erstattungsfähig, die durch staatliche Massnahmen zur Bekämp-fung des Coronavirus (COVID-19) verursacht wurden. Als staatliche Massnahmen gel-ten die Anordnungen der Behörden des Bundes, der Kantone und der Gemeinden. Insbesondere müssen auch eine eingeschränkte Durchführung einer Veranstaltung bzw. eine betriebliche Einschränkung mit der Covid-19-Epidemie in Zusammenhang stehen (namentlich mit Schutzkonzepten). Finanzielle Schäden, die im Ausland ent-standen sind, können entschädigt werden, sofern alle übrigen Anspruchsvorausset-zung erfüllt sind und sie durch staatliche Massnahmen der Schweiz oder des betref-fenden Landes verursacht wurden.

9. Beweismass

Der Schaden und die Kausalität sind glaubhaft zu machen. Soweit möglich und zumut-bar, ist der Schaden durch Dokumente nachzuweisen.



10. Sozialversicherungsbeiträge und Steuerpflicht

Auf die Ausfallentschädigungen sind keine Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten.
Für die Steuerpflicht bestehen keine Spezialregelungen.